

## Abschiebedrama geht weiter

Fall Salame: Kreis sieht keine Chance für Leben der Familie in Deutschland / Flüchtlingsrat entsetzt

**Kreis Hildesheim** (ara/cwo). Im Fall Gazale Salame hält der Landkreis unbeirrt an seiner Linie fest. „Die Möglichkeit einer Familienzusammenführung in Deutschland ist zurzeit ausgeschlossen“, hieß es gestern. Die Verwaltung sieht sich an Gesetze gebunden – mit Rückendeckung des Landesinnenministeriums. „Wir teilen die Rechtsauffassung des Kreises“, sagte eine Sprecherin. Der Landkreis sieht sich zudem von Medien

an den Pranger gestellt. Er verweist den Vorwurf zurück, sich „skandalös“ zu verhalten.

Die Unterstützer einer Rückkehr der in die Türkei abgeschobenen Gazale Salame zeigten sich am Donnerstag schockiert.

„Ich bin empört über die Haltung des Landkreises“, sagte Kai Weber, der Geschäftsführer des Niedersächsischen Flüchtlingsrats. Er hatte gehofft, die jüngsten Argumente der Unterstützer der

Familie Siala/Salame könnte die Behörde dazu bewegen, ihre Haltung zu korrigieren. Neue Dokumente sprechen aus Sicht des Flüchtlingsrats für eine Zusammenführung in Deutschland. Doch diese kommt für den Kreis nicht in Frage.

Die jüngsten Erklärungen der Behörde auf elf DIN-A4-Seiten lassen keinen anderen Schluss zu. Für die Verwaltung steht eindeutig fest, dass sich Gazale Salame und auch ihr Mann Ahmed, der mit zwei ihrer Kinder immer noch im Landkreis lebt, zu Unrecht in Deutschland aufgehalten haben. Weil sie keine Libanesen seien, sondern türkischer Abstammung. Dies ist für die Ausländerbehörde der springende Punkt, und darum schob sie Gazale Salame mit zwei Kindern nach Izmir ab. Ihr Mann wird hierzulande im Moment nur geduldet. Bekäme er eine Aufenthaltserlaubnis, dürften seine Frau und seine zwei weiteren Kinder zu ihm.

Der Kreis gibt sich angesichts der „schwierigen Situation für die Kinder“ verständnisvoll, auch Landrat Reiner Wegner habe sich schon persönlich für eine Lösung eingesetzt – bleibt aber mit Blick auf den Vater unerbittlich. Er attestiert Ahmed Siala „mangelnde Integrationsbereitschaft“, fehlenden Willen, sich wirklich einzugliedern. Wirtschaftlich, weil er seit seiner Einreise als Kind nahezu durchgängig Sozialleistungen bean-

sprucht habe. Sozial, weil er mit dem Gesetz in Konflikt geraten sei, mehrfach. Somit akzeptiere er die deutsche Rechtsordnung „nicht hinreichend“. Tatsächlich erhielt der Schlachter Geldstrafen, weil er offenbar ein Tier ohne Aufsicht durch einen Veterinär geschlachtet und eine Lehrerin beschimpft hatte. Weitere Belege für den Kreis, dass Siala die geforderte „Integrationsleistung“ nicht erbringe. Und obendrein habe eine mit dem Fall betraute Härtefallkommission kein Ersuchen an das Innenministerium gerichtet, um Siala zu einem rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland zu verhelfen.

Auch einen angeblichen Justizirrtum, dem der Vater zum Opfer gefallen sei, wischt die Verwaltung vom Tisch. Ein DNA-Gutachten widerlege nicht wie in Medien berichtet die türkische Abstammung der Sialas, sondern bestätige diese sogar. Zudem sei ein Mitarbeiter der Kreisverwaltung in einem Gerichtsverfahren falsch von den Richtern interpretiert worden. Dieser hatte nach Auffassung der Unterstützer Gazale Salames die Aussagekraft der türkischen Behörden angezweifelt. Davon kann laut Kreis jedoch keine Rede sein.

Für die Behörde gibt es für die Familie bislang nur eine Zukunft im Land ihrer vermeintlichen Väter: der Türkei.

Genau das sieht diese völlig anders, Ga-



Sie ist verzweifelt: Gazale Salame muss vorerst weiter in der Türkei bleiben.

zale Salame und ihr Mann betrachten sich als Menschen, die in Deutschland zu Hause sind und Wurzeln im Libanon haben.

Darum möchten sie wieder im Landkreis leben – und dafür wollen die Unterstützer der Familie Siala/Salame weiter kämpfen. Dabei setzen sie jetzt auf die Hilfe des Verwaltungsgerichts. Was den Ausgang eines neuen Verfahrens angeht, zeigt sich Kai Weber vom Flüchtlingsrat optimistisch, weil das Gericht den Kreis in gleicher Sache schon mal gerüffelt und dabei auf Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte verwiesen hatte. Für ihre Entscheidung dürfte die Justiz allerdings Monate brauchen, was Weber mit großer Sorge erfüllt: „Der Landkreis scheint auf Zeit zu spielen und macht dabei die Familie kaputt.“

### Kommentar

### Elf Seiten, eine offene Frage

Es wird keine einvernehmliche Lösung im Fall Siala/Salame geben. Der Landkreis Hildesheim hat das mit Rückendeckung des Innenministeriums deutlich gemacht. Man sieht keine Spielräume, bezieht sich aufs Gesetz, bleibt hart, elf Seiten lang. Damit stirbt die Hoffnung auf ein bevorstehendes Ende des seit sechs Jahren währenden Abschiebedramas, aller Argumente des Flüchtlingsrats, aller Appelle der Hildesheimer Kirchen und mancher Politiker zum Trotz. Wie der Fall ausgeht, darüber sollen nun zum wiederholten

Mal Richter brüten. Sie werden den juristischen Fall klären müssen, ob Ahmed Siala für immer in diesem Land bleiben darf. Doch sie werden dabei auch die entscheidende politische Frage berühren: Wem ist eigentlich damit gedient, wenn der Mann mit seinen halbwüchsigen, in Deutschland geborenen Töchtern dieses Land nach 26 Jahren für immer verlässt? Der Landkreis und der Landrat sind die Antwort auf diese Frage bisher schuldig geblieben. Auch gestern, auf den elf Seiten.

CHRISTIAN WOLTERS